

„Da rollt eine Lawine“

Die Pleite der ostdeutschen Kommando-Wirtschaft ist offenkundig, die Öffnung der Grenzen zwingt die neue DDR-Führung zu scharfen Schnitten. Doch bislang ist

unbekannt, wohin Hans Modrow die DDR-Wirtschaft steuern will. Läßt sich die Marx-Wirtschaft noch reformieren? Oder hilft nur die Marktwirtschaft?

Die Grundregeln der Marktwirtschaft sind ganz einfach. Viele DDR-Bürger lernen sie schon in den ersten Stunden ihres ersten West-Besuchs kennen.

Steigt die Nachfrage nach Bananen sprunghaft an, dann steigt, logo, auch deren Preis. Und ebenso klar ist, daß einige Händler dabei mehr als unbedingt notwendig zulangen. Das nennt man „offene Preisgestaltung“, und das gehört ebenso zum wirklichen Kapitalismus wie die schnelle Mark, die sich damit machen läßt.

Ob windige Geschäftemacher oder seriöse Kaufleute – sie alle profitieren von dem Konsumschub, den die Öffnung des Eisernen Vorhangs ausgelöst hat. Hunderttausende von DDR-Bürgern strömen seit dem 9. November durch die Innenstädte von Lübeck und Hof, von Bayreuth und West-Berlin. Selbst in Hamburg, 50 Kilometer von der deutsch-deutschen Grenze entfernt, belegen die Trabis inzwischen die Parkplätze und Gehwege.

In Kaufhäusern und Billigläden ist bisweilen kein Durchkommen mehr. Sonderangebote sind schnell ausverkauft, vor den Kassen der Obst- und Süßwarenabteilungen bilden sich lange Schlangen. In Deutschland-West wirkt die Öffnung der Grenze, kurzfristig zumindest, wie ein kleines Konjunkturprogramm.

Die bundesdeutsche Börse feierte, ganz konsequent, das historische Ereignis gleich am Tag nach dem Hochziehen der Schlagbäume mit einer kleinen DDR-Hausse: Die Kurse von Kaufhaus- und anderen konsumnahen Aktien zogen sprunghaft an.

Doch schon drei Börsen-Tage später kam der Rückschlag, stärker und kräftiger als erwartet. Die Begeisterung verflieg, Unsicherheit machte sich breit.

Den Börsianern und Kleinanlegern, den Managern und den Politikern dämmerte, daß mit der plötzlichen Öff-

nung der bislang hermetisch verriegelten DDR eine ökonomische Situation eingetreten war, für die es keine historische Parallele gibt; für die sich auch in keinem Lehrbuch der Volkswirtschaft eine Handlungsanweisung finden läßt. Es ist eine Situation voller Risiken.

Die nun für alle durchlässige Ost-West-Grenze ließ über Nacht zwei Wirtschaftswelten aufeinanderprallen, die unterschiedlicher nicht sein könnten.

oft zehn Jahre überschreiten; deren Außenhandelsprodukte im Westen weit unter den Gestehungskosten verschleudert werden müssen, damit sie überhaupt Abnehmer finden.

Entblößt hat sich ohne jede Anpassungsfrist eine Wirtschaft, die ihre Währung genau wie ihre Bürger unter Verschuß gehalten hat. Ostmark durfte und darf nicht aus der DDR heraus- und nicht hineingebracht werden.



DDR-Bürger in West-Berlin: Zwei Welten prallen aufeinander

Im Westen eines der am höchsten entwickelten Länder der Industriewelt, vollgestopft mit allen Gütern blühender Wohlstandsgesellschaften, ausgewiesen als Exportweltmeister, ausgestattet mit einer der härtesten Währungen des Globus, weltoffen und hochgradig wettbewerbsfähig.

Im Osten eine Mangelwirtschaft, deren Automobile mit Motoren fahren, die vor dem Krieg konstruiert wurden; deren Telefonnetz so dürrig ist, daß die Wartezeiten für private Neuanschlüsse

Nun auf einmal wird das Geld hin- und hergeschafft, Kontrollen sind, zumindest bei den gegenwärtigen Besuchermassen, nicht möglich. Nun auf einmal wird die Ostmark in den West-Städten gehandelt, als sei sie eine Währung wie jede andere.

Nur: Sie ist es nicht. Für eine Ostmark erhielt der DDRler auf dem Kuddamm Mitte vergangener Woche noch zehn Pfennig, am Freitag nur noch fünf. Doch für eine Ostmark, also für fünf Pfennig West, kann der West-Berliner

im Ostteil der Stadt ein ganzes Kilo subventioniertes Brot kaufen. Keine Volkswirtschaft kann solche Mißverhältnisse zwischen dem Außenwert ihrer Währung und den Preisen im Inneren dauerhaft verkraften, wenn die Devisengrenzen offen bleiben.

Pleite war, gemessen an den Maßstäben moderner Industrienationen, das östliche Murks-Unternehmen schon lange; die bisherigen Geschäftsführer hatten allerdings den Konkurs über Jahre mit getürkten Bilanzen verschleppt. Die Öffnung der Grenze, vom Volk erzwungen, zwingt das Regime nun zum Offenbarungseid. Die Zeit des Verschleierns ist vorbei.

Karl Marx hat endgültig ausgedient. Die von ihm konzipierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel allein dem Volk gehören, in der ein staatlicher Plan das Chaos des Markts ersetzen soll – sie hat sich als eine unaugliche Utopie erwiesen.

Die Marx-Wirtschaft verhalf den Menschen nicht zu mehr Freiheit, sondern sie zwang zur totalen Unterwerfung. Die politische Unfreiheit wurde nicht mal durch materielle Gewinne ausgeglichen: Die Plan-Ökonomie blieb in der Warenproduktion uneinholbar hinter dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzmodell zurück.

Was nun, Herr Modrow?

Abschotten kann sich die DDR nicht mehr – sie muß sich anpassen: Der Öffnung der Grenzen wird irgendwann die Reform der Währung folgen und die Reform des gesamten Wirtschaftssystems. „Da rollt eine Lawine“, sagt Professor Gerhard Fels, Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Viel Zeit zum Reagieren haben Modrow, Krenz und Genossen nicht. Durch die offene Grenze laufen ihnen, wenn die ökonomische Lage sich nicht bald zum Besseren wendet, die Jungen und die Fähigen davon. Richtung Westen droht zudem, wegen der vertrackten Umtauschverhältnisse, ein Ausverkauf der spärlichen Güter.

Wie drückend die Not ist, wurde vergangenen Montag den Abgeordneten der Volkskammer offenbart: Mehr als 130 Milliarden Mark beträgt die innere Verschuldung des DDR-Staats; die Vorlage eines Haushalts für 1990 mußte Modrow auf unbestimmte Zeit verschieben.

Schnellstmöglich muß die DDR-Führung unter dem Druck der offenen Grenze zur Systemveränderung antreten. Doch was wird, was muß das Ziel der Reform sein?

Wird am Ende der vielbeschworenen Erneuerung ein besserer, ein geläuterter Sozialismus stehen? Oder steht am Ende der Reformarbeit dann doch das, was lange Zeit im Osten mit dem Schreckenswort Konterrevolution umschrieben

wurde, die Rückkehr zum so erbittert bekämpften Kapitalismus?

Markt statt Murks? Noch ist unklar, was die Honecker-Nachfolger wirklich wollen, wieviel politische und wieviel ökonomische Freiheit sie zulassen werden. Doch wenn sie sich wirklich, dem Beispiel der Polen und Ungarn folgend, zu dem langen Marsch Richtung Marktwirtschaft aufmachen würden – verlässliche Wegweiser könnte ihnen für die Zeit des Übergangs niemand mitgeben.

Die Aufgabenstellung, eine Zentralverwaltungswirtschaft zu einer Marktwirtschaft umzubauen, falle in ein „nationalökonomisches Vakuum“, klagt Klaus Leciejewski, früher Wirtschaftswissenschaftler an der Humboldt-Universität, heute Referent am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Hilfreiche Vorüberlegungen großer Theoretiker gebe es leider nicht.



Subventionsempfänger Wohnungsmarkt: Die Zeit



Subventionsempfänger Blumenhandel: Planungsbeamte verteilen Geld

Wie schwierig der Übergang wird, zeigt schon die stets vorgetragene Forderung, zuerst mal die Währung zu reformieren. Die in der DDR vorhandene Geldmenge soll möglichst bald in Einklang mit der Warenproduktion gebracht werden.

Wie aber soll eine Währungsreform in der DDR aussehen? Und: Fehlt wirklich nur die Währungsreform, um, wie 1948 in der Bundesrepublik, zum Wirtschaftswunder durchzustarten?

Eine Sanierung des Geldwesens in der DDR verpufft ohne Wirkung, wenn die DDR-Führung nur neue Banknoten in

Umlauf bringt. Ein Währungsschnitt in der DDR hätte mit Sicherheit keine so belebende Wirkung auf die Wirtschaft wie die berühmte Geldreform von 1948 im westlichen Nachkriegsdeutschland. Zum einen bleibt die privatwirtschaftliche Initiative noch immer an Pläne gefesselt; zum anderen sind die Eigentums- und damit auch die von einer Geldentwertung betroffenen Schuldverhältnisse im sozialistischen Osten ganz anders als damals im kapitalistischen Westen.

Durch die radikale Abwertung des Geldkapitals im Jahr 1948 wurden in



des Verschleierns ist vorbei

Die ökonomische Binsenweisheit, daß eine Währung immer nur so stark ist wie die dahinterstehende Wirtschaft, gilt auch für die DDR und ihre Pläne einer Währungsreform. Konvertibel, also frei austauschbar, wird die Ostmark nicht durch Komma-Verschiebungen, Nullen-Streichen oder neues Papier. Solange die Wirtschaft nicht Güter und Dienstleistungen produziert, die den Geldscheinen einen Wert verleihen, schafft auch ein Währungsschnitt keine Besserung.

Eben davon, eine durch Waren und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit abgesicherte Währung zu besitzen, ist die DDR noch weit entfernt. Erich Honecker und sein Wirtschaftslenker Günter Mittag haben die DDR mit eiserner Konsequenz in den Ruin geführt. Es ging in den letzten Jahren nicht mal mehr im Schrittempo nach oben; es ging, im internatio-

verdien, so sind es jetzt mindestens 4,40 Mark. Tendenz steigend.

Fachleute hüten wie drüben sind sich einig: Die Industrienation DDR ist in fast allen Wirtschaftszweigen auf den Stand eines Entwicklungslands zurückgefallen.

Aus einem Meer verrotteter Betriebe ragen einige moderne Prestigefirmen, zum Beispiel der Elektronikkonzern Robotron, wie Leuchttürme heraus. So gibt es eine Mikroelektronik-Branche, die sogar Labormuster eines Hochleistungs-Chips, des 1-Megabit-Chips, vorweisen kann.

Doch der Stolz von Honecker, Mittag und Genossen ist die übrige Wirtschaft teuer zu stehen gekommen. Die 14 Milliarden Mark, die in die Mikroelektronik gesteckt wurden, gingen zu Lasten der Investitionen in der restlichen Wirtschaft. Dort veralten die Produktionsanlagen, sie versagen immer häufiger ihren Dienst. Produktionsausfälle und Reparaturaufwendungen steigen ins Unermeßliche.

Selbst die Sowjetunion, mit der die DDR 40 Prozent ihres Außenhandels abwickelt, reagiert unwirsch auf die immer schlechtere Qualität der meisten Waren „made in GDR“. Waggonweise, so wird in Ost-Berlin erzählt, schickten die Russen im vergangenen Jahr Mängelwaren zurück, mit denen DDR-Kombinate die vom großen Bruder importierten Rohstoffe bezahlen wollten.

Immer häufiger drängen Staaten der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft RGW ihre sozialistischen Bruderländer, Importe mit Westwährung zu bezahlen. Angesichts allgemeiner Knappheit will niemand mehr wertlose Scheine oder Schrottware hinnehmen.

Die Angst vieler DDR-Bürger, die Einbindung ihres Landes in die RGW-Wirtschaftsgemeinschaft und die langfristig eingegangenen Lieferverpflichtungen könnten den Spielraum für Wirtschaftsreformen einengen, ist angesichts der jüngsten Signale aus Moskau, Budapest und Warschau unbegründet.

Die Partner wollen vor allem Qualität sehen; ihnen ist egal, ob Waren von Privatfirmen oder volkseigenen Kombinate hergestellt werden. Dem Ansehen bei den Nachbarn würde es deshalb wohl eher dienen, wenn private Unternehmen aus der DDR endlich das liefern, was diese am liebsten importieren: deutsche Wertarbeit.

Firmen, die westlichen Qualitäts- und Produktivitätsstandards entsprechen, sind heute an einer Hand abzuzählen. Mehr als die Hälfte aller DDR-Betriebe, schätzt Herbert Henzler, Chef der deutschen McKinsey-Niederlassung, seien „Sanierungsfälle schwerster Art oder gar nicht mehr zu retten“.

Bevor über eine betriebswirtschaftliche Sanierung maroder Unternehmen geredet werden könne, so Henzler, müsse erst



Subventionsempfänger Bäckerei: Für die Hühner Brot stoff Getreide

den Westzonen neben staatlichen Institutionen vor allem private Unternehmer stark entlastet. Fabrikanten, Handwerker, Händler nutzten die Stunde Null zum schuldenfreien Start in den Nachkriegsaufschwung.

In der Staatswirtschaft der DDR dagegen gibt es so gut wie keine privaten Schuldner, die von einer Währungsreform profitieren könnten. Ein Zusammenstreichen interner staatlicher Schulden entlastet zwar die öffentliche Hand, ändert aber nichts am gewohnten sozialistischen Schlendrian der Kombinate und VEBs.

nen Vergleich, zielstrebig nach unten.

Selbst die einstige Renommierbranche der DDR, der Maschinenbau, verkauft heute nur noch ein Viertel dessen an die westlichen Industrieländer, was sie 1973 lieferte. Schwellenländer wie Taiwan setzen heute 20mal soviel Maschinen an die entwickelten Industriestaaten ab wie die DDR.

Die Rechnung der östlichen Wirtschaftslenker geht immer weniger auf. Mußten zu Beginn der achtziger Jahre noch etwa 2,50 Ostmark eingesetzt werden, um im Export eine Westmark zu

einmal „ein überzeugendes volkswirtschaftliches Programm“ vorgelegt werden. Dann erst könnten Teams aus ost- und westdeutschen Unternehmen gebildet werden.

Doch wie soll dieses Programm aussehen? Welche Wirtschaftsordnung strebt der ostdeutsche Staat 40 Jahre nach seiner Gründung an?

Die Bereitschaft, aus dem Bankrott der Marx-Wirtschaft die richtigen Schlüsse zu ziehen, scheint noch immer gering. Während der ehemalige Finanzminister Ernst Höfner und der Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, vor der Volkskammer ungeschönt die hoffnungslos bankrotte Lage der DDR-Wirtschaft schildern, hält nicht nur die SED an der Idee eines fort-

Beim „Neuen Forum“ gehen in Sachen Wirtschaftspolitik frühsozialistische Utopien um. Privateigentum an Produktionsmitteln zu fordern, dazu kann sich Mitbegründer Rolf Henrich nicht durchringen; weder der Staat noch die Kapitalisten sind ihm geheuer.

Die neue Sozialdemokratische Partei SDP fordert in ihrem vorläufigen Statut recht schwammig „eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen“. Auch die Leute vom „Demokratischen Aufbruch“ wollen verhindern, daß nach dem SED-Regime „die Herrschaft des großen fremden Geldes über uns kommt“. Alle warnen sie vor einem „Ausverkauf“ oder der ökonomischen

nichts zu verbessern und zu verschönern gibt. „Die Reformreserven der Planwirtschaft sind längst erschöpft“, meint Gernot Schneider, der bis 1982 in Ost-Berlin Manager schulte und heute in Köln lebt.

Seit den sechziger Jahren hat die SED mehrere vergebliche Anläufe unternommen, Schwung in die starre Planwirtschaft zu bringen. Mal gab es viel, mal wenig Eigenständigkeit für die Kombinate; mal zählte der Gewinn, dann doch wieder der Produktionsumfang als Erfolgsmesser; einmal konzentrierten sich alle Anstrengungen auf die Schwerindustrie, dann auf die Konsumgüterindustrie, schließlich auf alle Schlüsselbranchen.

Mit immer neuen Methoden, Auflagen und Tricks versuchten die Wirtschaftslenker, die schwerfälligen Großbetriebe auf Trab zu bringen. Ganze Heerscharen von Bürokraten wurden damit beschäftigt, neue Kennziffern, Erfolgskriterien und Kontrollmechanismen in das starre Planverfahren einzubauen. Kombinatdirektoren müssen ihr Handeln mittlerweile an 200 vorgegebenen Kennziffern ausrichten. Bis in absurde Details wird vorgeschrieben, wie und womit produziert werden darf.

In den sechziger Jahren experimentierte sogar SED-Chef Walter Ulbricht mit Elementen einer Mischwirtschaft: Kleine Firmen und Handwerksbetriebe durften als Privatunternehmen geführt werden. Der Versuch scheiterte jedoch am allgemeinen Mangel.

Um knappe, aber wichtige Maschinen, Schrauben und Handwerkszeuge konkurrierten die Privatfirmen bei der alles verteilenden Planungsbehörde mit den staatlichen Großbetrieben – und gingen meist leer aus. Die besseren Beziehungen hatten natürlich die SED-Genossen untereinander. Das Experiment mit den privaten Mittelstandsunternehmen war bald beendet.

Vor dem gleichen Problem steht heute die Regierung Modrow. Läßt sie, wie angekündigt, privates Kleinunternehmertum zu, muß sie diesen Unternehmen auch Zugang zu knappen und wertvollen Importgütern geben. Das aber muß zu Lasten des sozialistischen Teils der Wirtschaft gehen – ein fast unmöglicher Spagat für den Planungsminister.

Alles Herumdoktern bringt eben nichts, solange das Kernelement jeder effizienten Volkswirtschaft fehlt: ein Preissystem, das Knappheiten mißt und die begrenzten Ressourcen optimal einsetzen hilft.

Ein Wirtschaftssystem, in dem Preise für Wohnungen, Brot, Strom, Fahrtkosten und sogar Blumen vom Staat festgelegt und durch Subventionen verzerrt werden, weiß nichts über die wahren Kosten der Produktion. Und wer seine Kosten nicht kennt, der muß zwangsläufig unwirtschaftlich produzieren.



Produktion im VEB Robotron: Prestige auf Kosten anderer

zuführenden, eben nur „besseren“ Sozialismus fest.

Markt und Marx sollen zusammenfinden. Alle reden sie nun von „markt-orientierten“ Reformen. Der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft wäre ein „Rückfall in den Kapitalismus“, schreibt Professor Karl Morgenstern im *Neuen Deutschland*. Was immer auch verändert werden müsse, eine „Preisgabe der zentralen Leitung und Planung“ käme nicht in Frage.

Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED, fordert, „den Einfluß des Marktes auf das Geschehen in der Wirtschaft spürbar auszuweiten“. Doch er zieht Grenzen: Das „System der Planwirtschaft“ dürfe die Ost-Regierung nicht „in Frage stellen“.

Sogar die Widersacher der SED liegen in Wirtschaftsfragen eher auf Parteilinie.

„Niedervereinigung“ der DDR; und alle scheuen sie das Wort „Marktwirtschaft“.

Die Wirtschaftstheoretiker der Opposition wurden von der politischen Entwicklung überrollt. Keiner erwartete, nach Jahrzehnten der Entmündigung, so schnell nach konkreten Alternativen zur Kommandowirtschaft gefragt zu werden. Angedacht wurden in der Vergangenheit deshalb meist nur Reformen, die der SED nicht allzu weh tun sollten.

Ob nicht in nächster Zeit schon viel radikalere Veränderungsprogramme auftauchen, ob die jüngsten, für viele überraschenden Eingeständnisse des völligen Bankrotts der DDR-Wirtschaft und ihrer hohen Verschuldung nicht die letzten Illusionen über die angeblich guten Seiten der Planwirtschaft platzen lassen, ist noch nicht absehbar.

Vielleicht setzt sich doch noch die Erkenntnis durch, daß es am Sozialismus



Wirtschaftslenker Honecker, Mittag: Mit eiserner Konsequenz in den Ruin

Da das subventionierte Brot im Laden billiger ist als das Getreide, das den Bauern abgekauft wird, füttert man in der DDR die Hühner mit Brot statt mit Getreide. Neue, teure Maschinen werden nicht dort eingesetzt, wo sie am meisten Arbeit sparen und die Produktion am stärksten erhöhen, sondern da, wo Planungsbeamte sie – häufig aus Prestige-Gründen – hinbestellen.

Seit den ersten Versuchen in der Sowjetunion, eine ganze Volkswirtschaft einer zentralen Planungs- und Lenkungsbehörde zu unterstellen, hat sich immer wieder gezeigt, daß der notwendige Informationsfluß staatlich nicht zu regeln ist. Wenn Millionen Bürger – die Arbeitskräfte, Geldbesitzer und Käufer zugleich sind – als wirtschaftliche Akteure mit unterschiedlichen Interessen auftreten, dann ist keine Bürokratie der Welt in der Lage, die Bedürfnisse aller schnell und richtig zu erfassen.

Als ein „geradezu mörderisches Selbstvernichtungssystem“ beschrieb ein Kombinatdirektor im Sommer dieses Jahres die eingebaute Verschwendung in der Planwirtschaft. Weil es keine echten Preise gibt, fehlen verlässliche Signale, was wirtschaftlich sinnvoll ist. Nur wenn die Subventionen abgeschafft werden, die mittlerweile ein Viertel des Staatshaushalts verschlingen, können sich Preise bilden, die Angebot und Nachfrage ausgleichen.

Eine Preisreform wirkt jedoch nur dann, wenn die Unternehmensleiter eigenverantwortlich entscheiden dürfen, was sie womit und zu welchem Preis produzieren wollen. Dürfen die Betriebe nicht eigenständig über ihre Investitio-

nen befinden, können sie auch nicht auf die Wünsche der Verbraucher eingehen.

In einer bemerkenswert sachlichen, unideologischen Analyse der möglichen DDR-Wirtschaftsreformen kam Horst Siebert, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, vergangene Woche im *Handelsblatt* zu der Schlußfolgerung, daß die Forderungen nach Preisreform und Dezentralisierung zwingend in der Aufgabe der Planwirtschaft münden.

Jede staatliche Vorgabe für die Güterproduktion, so Siebert, steigert die Vergeudung knapper Mittel. Anders als selbständige Unternehmen reagiert die Planungsbehörde nämlich nicht auf Konsumentenwünsche; sie orientiert sich an selbstgestrickten Bedarfsplänen, die mit der echten Nachfrage wenig gemein haben.

Wenn aber, so Siebert, die Unternehmen eigenverantwortlich und dezentral handeln sollen, dann bedarf es eines materiellen Anreizes. Ohne die Aussicht auf ordentlichen Gewinn nimmt schließlich niemand ein Risiko auf sich, das die Möglichkeit des Scheiterns einschließt.

Der einzige wirkungsvolle Anreiz ist, nach allen bisherigen geschichtlichen Erfahrungen, das private Eigentum – mit der Möglichkeit, dieses zu vergrößern. Dezentralisierung auf Basis privaten Eigentums, resümiert Siebert, nennt man aber gemeinhin Marktwirtschaft.

Den Alt-Stalinisten der SED bricht es das Herz, den Alt-Linken in der Bundesrepublik raubt es die letzten Illusionen – aber es hilft alles nichts: Es gibt kein auf Staatseigentum beruhendes Wirtschaftssystem, das automatisch Wohlstand für alle, Demokratie und soziale Gerechtig-

keit hervorbringt. Nur wenn die DDR dem Plan abschwört und den Markt zuläßt, wird sie ohne dauerhafte und zunehmende Verschuldung wirtschaften, wird sie genügend Dienste und Güter bereitstellen.

Diese Erkenntnis zu akzeptieren fällt besonders jenen in Ost und West schwer, die soziale Ungerechtigkeiten, Konkurrenzdenken und Dritte-Welt-Ausbeutung als dunkle Kehrseite des gewinnorientierten Wirtschaftssystems erkannt haben.

Hierzulande wächst, vor allem in der Umweltbewegung, die Angst, daß ein vom westdeutschen Kapital finanzierter Wachstumsschub der DDR-Wirtschaft der ohnehin arg geschundenen Natur zwischen Ostsee und Erzgebirge den Rest gibt; daß die DDR die Umweltsünden der bundesdeutschen Wirtschaft nachmacht. Mit bangen Erwartungen betrachten viele Umweltbewußte die neuen Angebote Hans Modrows, mit der westdeutschen Industrie zusammenzuarbeiten.

Wie stark die negativen Seiten der Wettbewerbsgesellschaft durchschlagen, ist jedoch in erster Linie eine politische Frage. Die Spannbreite der Gesellschaftsordnungen, die auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung möglich sind, ist weit. Der Sozialstaat Schweden und die Ellenbogengesellschaft USA markieren die beiden Extreme der möglichen Ausprägungen.

Noch ist offen, ob Hans Modrow und seine Crew das marktwirtschaftliche Experiment wirklich wagen. Sie wissen: Die Veränderungen muten der Bevölkerung neue Härten zu. Und sie ahnen, daß sie mit einer solchen Erneuerung ihr politisches Überleben riskieren.

Der Umbruch in Polen und in Ungarn zeigt, was auf die DDR zukommen wird: steigende Preise für bisher billige Güter, Versorgungslücken, Inflation, neureiche Krisengewinnler, absterbende Wirtschaftszweige und, besonders bitter, Arbeitslosigkeit.

Anders allerdings als die Systemveränderer in Polen und Ungarn können die neuen Herren in Ost-Berlin auf massive Hilfe von außen setzen: Die Deutschen-West stehen bereit, ihr Geld in den Osten zu schaffen.

„Die Situation der DDR ist in ganz einmaliger Weise verfahren“, meint der West-Berliner DDR-Forscher Manfred Melzer, „aber andererseits hat die DDR auch die außergewöhnliche, einmalige Chance, mit ihrem Reformprozeß und der schrittweisen Öffnung gen Westen von der Hilfe eines der reichsten Industrieländer der Welt zu profitieren, der Bundesrepublik.“

Ganz im Gegensatz zur Ratlosigkeit der Wirtschaftler in der DDR wird diesseits der Grenze in Großunternehmen und Mittelbetrieben bereits eifrig ge-

plant. Der Durchbruch der Mauer regt die Phantasie der westdeutschen Unternehmer an; die Wende an der Grenze verführt sie zu ungewohnt optimistischen Aussagen darüber, wozu deutsch-deutsche Wirtschaftszusammenarbeit fähig ist, wenn die SED es zuläßt.

Fünf bis zehn Jahre, sagt Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen voraus, könne in der DDR der Umbau zur Marktwirtschaft dauern (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 28). Ein Wirtschaftswunder, das „mindestens so erfolgreich wie das von Ludwig Erhard ist“, hält der Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen, Willi-Peter Sick, für möglich.

„Willens und fähig“ sei die deutsche Wirtschaft, drüben die Sanierung mit Know-how zu stützen, sagt Arbeitgeber-Präsident Klaus Murmann zu. Wenn die DDR jetzt ihre Wirtschaft reformiere, trägt Handelstag-Präsident Hans Peter Stihl zur allgemeinen Aufbruchstimmung gen Osten bei, „dann sind wir aus dem Stand bereit“.

Alle großen Namen sind vertreten. Ob Veba oder die Frankfurter Metallgesellschaft, ob Krupp oder Volkswagen, Hoesch oder Thyssen – in einem engen Geflecht von wirtschaftlichen Kontakten haben die Westdeutschen die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Schwestern und Brüdern geübt. „Da ist ein Fundament“, so ein Bonner Beamter, „auf dem jetzt ganz schnell eine große Fabrik gebaut werden kann.“

Diese eingespielten Beziehungen der Industrieunternehmen machen es jetzt möglich, sogar auf die schnelle massive Hilfe beim wirtschaftlichen Um- und Aufbau zu leisten. Doch welche Hilfe will die DDR?

Voraussetzung jeder Zusammenarbeit ist, daß Westunternehmen erlaubt wird, mit Geld und Wissen jenseits der Elbe einzusteigen – was bislang noch nicht möglich ist. Erst am vergangenen Freitag ließ Hans Modrow anklingen, daß die neue Regierung dies in Zukunft anders handhaben werde. Für Vorschläge der kapitalistischen Wirtschaftspartner sei man nun offen.

Immerhin durfte das Werkzeugkombinat Schmalkalden schon zuvor mit den Montanwerken Walter in Tübingen eine besonders enge Zusammenarbeit verabreden. Die Ostdeutschen

produzieren Westerzeugnisse in Lizenz; sie steigen zudem in die Forschung und in die Entwicklung neuer Produkte ein; und sie sind bereit, Neuerungen gemeinsam zu produzieren.

Das Beispiel, so glauben osterfahrene Unternehmer, wird Schule machen. Der wirtschaftliche Druck, sich nach Westen zu öffnen, wird wohl stärker sein als die Ängste der Funktionäre vor einer Vereinnahmung durchs westdeutsche Kapital. Weil der östliche Wirtschaftsblock RGW sich seit einigen Monaten zunehmend auflöst und die DDR damit ihren wichtigsten Handelsplatz verliert, muß sich Modrow, ob er will oder nicht, mit den Bundesdeutschen einlassen.

Mit verlockenden Angeboten ermunterte vergangene Woche auch die Bonner Regierung Ost-Berlin, ein Stück Kapitalismus zuzulassen. Wenn freies Unternehmertum erlaubt ist, wenn Privatinitiative gestützt, Investitionen geschützt, Subventionen abgebaut und eine freie Preisbildung ermöglicht würden – dann ist Bonn bereit, Unternehmen in der DDR kräftig zu fördern. So könnten

- ▷ Mittel aus staatlichen Fonds für Investitionen in der DDR freigegeben und
- ▷ Existenzgründungen bezuschußt werden;
- ▷ Handel und Investitionen großzügig durch Bürgschaften abgesichert werden.

Um der neuen DDR-Führung die schwierigen Reformen etwas zu erleichtern, erwägt Bonn sogar, den Kurs der Ostmark zu stützen. Von Januar an sollen die Grenzgänger nicht mehr 100 Westmark als Geschenk erhalten, sondern so viel Ostmark zum Kurs eins zu

vier tauschen dürfen, daß sie 300 oder 500 Westmark erhalten. Als Gegenleistung soll die DDR den Zwangsumtausch für Westtouristen abbauen.

Kredite, Kursstützungen und Zinsverbilligungen, Hilfen beim Ausbau der Infrastruktur und Umweltprogramme – in einer Ministerrunde, die vergangene Woche die Reise des Kanzler-Gesandten Rudolf Seiters vorbereitete, wurde großzügig für den Tag X geplant.

Doch wann kommt der? Kommt er überhaupt? Hans Modrow konnte oder wollte derlei neugierige Fragen bislang nicht beantworten. Seine Regierungserklärung am vergangenen Freitag war, was die wirtschaftlichen Veränderungen anging, ohne konkretes Programm, ohne Visionen, ohne eine überzeugende Perspektive.

„Hier ist nicht die Zeit und der Ort“, so las Modrow wie alle seine farblosen Vorgänger vom Blatt, „mit großen Worten über die Wirtschaftsstrategie der neunziger Jahre zu sprechen.“

Der Freitag voriger Woche wäre der richtige Zeitpunkt, die Volkskammer der richtige Ort gewesen. Doch Modrow ist nicht der deutsche Gorbatschow. Zur notwendigen großen Wende, das wurde sichtbar, ist die Funktionärskaste der SED noch nicht oder nicht mehr fähig.

Den Forderungen der Massendemonstrationen in Leipzig und Ost-Berlin nach grundlegendem Wandel setzte Planungschef Gerhard Schürer unmittelbar nach der Volkskammersitzung nur eine konkrete Reform entgegen: Die Planungskennziffern für Kombinatdirektoren werden von 200 auf 100 herabgesetzt.



Verfallene DDR-Fabrikeanlage*: „Sanierungsfälle schwerster Art“

* Im Chemiekombinat Buna.